

Simone Weske

Vive la République, vive la France!

Eine Analyse der französischen Präsidentschaftswahlen 2007

„Denken Sie morgens beim Rasieren manchmal an die Präsidentschaftswahlen?“ fragte der Fernsehjournalist Alain Duhamel im November 2003 den damaligen französischen Innenminister Nicolas Sarkozy. „Nicht nur, wenn ich mich rasiere“, lautete die legendäre Antwort. Aus seinen Ambitionen auf das Präsidentenamt machte Nicolas Sarkozy nie ein Geheimnis. Studienfreunde berichten gar, dass er bereits Mitte zwanzig fest entschlossen gewesen sei, eines Tages das Präsidentenamt zu erobern. Dieses Ziel hat er am 6. Mai 2007 erreicht: 53,1% der Franzosen wählten den Kandidaten der konservativen Regierungspartei UMP (*Union pour un mouvement populaire*) zum neuen Präsidenten der Republik. 46,9% der Stimmen entfielen auf seine Herausforderin Ségolène Royal, Kandidatin der Sozialistischen Partei PS (*Parti Socialiste*).

1. Das Trauma von 2002

Die diesjährige Präsidentschaftswahl ist nicht ohne das Trauma der Wahl von 2002 zu verstehen. Vor fünf Jahren konnte sich der rechtsextreme Jean-Marie Le Pen mit 16,9% der Stimmen überraschend für die Stichwahl qualifizieren. Er trat gegen den UMP-Kandidaten Jacques Chirac an, der in der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen 19,9% der Stimmen auf sich vereinen konnte. Dem Sozialisten Lionel Jospin war mit einem Ergebnis von 16,2% der Einzug in die zweite Runde nicht gelungen. Jospins Scheitern war zum einen durch die niedrige Wahlbeteiligung zu erklären. Die Wahlen 2002 fanden inmitten der Urlaubszeit statt und fast jeder dritte Franzose verzichtete auf seine Stimmabgabe. Das Votum der rechtsextremen Wählerschaft erlangte damit größeres Gewicht. Zum anderen entfielen zahlreiche Stimmen auf die kleinen linksextremen Parteien – Stimmen, die Lionel Jospin letztendlich fehlten, um sich für die zweite Runde zu qualifizieren. Das Ergebnis, ein Duell „rechts gegen rechtsextrem“, hinterließ einen nachhaltigen Schock in Frankreich. Die Folgen waren beim diesjährigen Wahlkampf zu spüren.

Nicolas Sarkozy und Ségolène Royal führten beide einen sehr aktiven Wahlkampf. Beide Kandidaten setzten sich dabei wiederholt dem Populismus-Vorwurf aus. Doch eines gelang ihnen offenbar: Die Franzosen wieder für die Politik zu interessieren. Der Wahlkampf 2007 wurde von 62% der Franzosen als „interessant oder sehr interessant“ empfunden. 2002 behaupteten dies nur 28% der Befragten. (Umfrage CSA-Cisco, Le Parisien, 23.4.2007, S. 6). Entsprechend hoch fiel auch die Wahlbeteiligung dieses Jahr aus. In beiden Wahlgängen gaben rund 85% der Bürger ihre Stimme ab. Die hohe Wahlbeteiligung wurde von französischen Journalisten und Politikern einhellig als „Sieg der Demokratie“ bewertet.

Hohe Wahlbeteiligung

Eine zweite Konsequenz der Präsidentschaftswahl 2002 war die Kampagne um eine *vote utile*. Um nicht dasselbe Schicksal wie Lionel Jospin zu erleiden, rief Ségolène Royal die linke Wählerschaft eindringlich dazu auf, „nützlich“ zu wählen.

Vote utile

Damit war gemeint, dass die Wähler ihre Stimme nicht an die Kandidaten der linksextremen kleinen Parteien „verschenken“ sollten. Sinnvoller sei es, mit einer Wahl für Ségolène Royal sicherzustellen, dass überhaupt ein Kandidat der Linken in der Stichwahl vertreten sei. Dieser Aufruf zeigte Wirkung: 12 Kandidaten traten in der ersten Runde am 22. April 2007 gegeneinander an, doch Nicolas Sarkozy und Ségolène Royal ließen die kleinen Parteien weit hinter sich. Sarkozy ging mit 31,2% der Stimmen als Favorit in die Stichwahl, Royal konnte in der ersten Runde 25,9% der Stimmen auf sich vereinen. Auf dem dritten Platz landete François Bayrou, Vorsitzender der Zentrumsparterie UDF (*Union pour la Démocratie Française*). Mit einem Resultat von 18,6% der Stimmen gelang es ihm, sein Ergebnis von 2002 (6,8%) zu verdreifachen. Jean-Marie Le Pen, von der rechtsnationalen FN (*Front National*) erzielte 10,5% der Stimmen und damit sein schlechtestes Ergebnis seit 1974. Von den übrigen acht Kandidaten schnitt Olivier Besancenot von der trotzkistischen LCR (*Ligue communiste révolutionnaire*) mit 4,1% der Stimmen am besten ab. Obwohl Ökologie ein beherrschendes Wahlkampfthema war, wurden auch Die Grünen Opfer der *vote utile* und erzielten lediglich einen Stimmenanteil von 1,6% (gegenüber 5,2% in 2002).

2. Duell Sarko-Ségo

„Alles außer Sarkozy“

Zwei Wochen lagen zwischen den beiden Runden der Präsidentschaftswahl. Zwei Wochen, in denen es die Wähler der übrigen 10 Kandidaten jeweils für das eigene Projekt zu gewinnen galt. Fast alle Kandidaten der politischen Linken hatten ihren Anhängern die Wahl von Ségolène Royal am 6. Mai empfohlen. Dies ist keineswegs als selbstverständliche Geste zu deuten – in den vergangenen Jahren haben sich die kleinen Parteien oftmals einer Wahlempfehlung enthalten. Dieses Jahr vereinte sich die Linke jedoch mit dem Ziel, Sarkozy um jeden Preis zu verhindern. „Tout sauf Sarkozy“, lautete der gemeinsame Schlachtruf der Linken, „alles außer Sarkozy.“ Jean-Marie Le Pen sprach seinerseits keine Wahlempfehlung aus. Deutlich verärgert beschuldigte er den Kandidaten der UMP des „Ideenklus“. In der Tat hatte Nicolas Sarkozy im Wahlkampf stark Themen der extremen Rechten besetzt, u.a. mit einer Kampagne zur „nationalen Identität“. Jean-Marie Le Pen fühlte sich gewissermaßen um seine Stimmen betrogen und rief seine Wähler daher zur „massiven Enthaltung“ in der zweiten Runde auf. Diese befolgten seinen Ratschlag allerdings nicht. Rund zwei Drittel der Le Pen-Wähler gaben ihre Stimme am 6. Mai Nicolas Sarkozy; nur 19% enthielt sich (TNS Sofres).

Eroberung der Mitte

Beide Kandidaten standen zwischen den zwei Wahlgängen vor der Herausforderung, die Mitte zu erobern, ohne die extreme Rechte bzw. Linke zu vergraulen. Mit Spannung wurde erwartet, ob François Bayrou, der im ersten Wahlgang immerhin 18,6% der Stimmen auf sich vereinte, eine Wahlempfehlung abgegeben würde. Traditionell zählt die UDF, die sich selbst als „Zentrum“ definiert, zur französischen Rechten. Die UDF war an mehreren konservativen Regierungen beteiligt und hat bei allen vorangegangenen Parlamentswahlen Wahlbündnisse mit der UMP geschlossen. Diesmal hatte Bayrou jedoch seinen gesamten Wahlkampf in Opposition zu Sarkozy geführt. Meistbenutztes Argument war, dass laut Hochrechnungen verschiedener Meinungsforschungsinstitute nur er – und nicht etwa Ségolène Royal – Sarkozy in der zweiten Wahlrunde schlagen könnte. Prominente Sozialisten wie Michel Rocard riefen sogar zu einem Bündnis von Ségolène Royal und François Bayrou noch vor dem ersten Wahlgang auf – eine Idee, die von beiden Kandidaten gleichermaßen abgelehnt wurde. Zwischen den zwei Wahlrunden

bemühte sich Ségolène Royal deutlich mehr um François Bayrou als Nicolas Sarkozy. Während Royal einen im Internet übertragenen Dialog mit Bayrou führte, um nach Gemeinsamkeiten der beiden Wahlprogramme zu suchen, verwies Sarkozy kaltschnäuzig auf die bevorstehenden Parlamentswahlen im Juni. Wer auf ein Wahlbündnis mit der UMP hoffe, müsse sich klar zu ihm bekennen. Diese subtile Drohung wirkte. Fast alle Parlamentsabgeordneten der UDF schlossen sich dem Kandidaten der UMP an. François Bayrou gestand seinen Abgeordneten diese Freiheit zu. Er selbst verkündete lediglich, *nicht* Nicolas Sarkozy zu wählen. Eine Empfehlung *für* Ségolène Royal sprach er jedoch nicht aus. Mit diesem Balanceakt wollte er sich seine Glaubwürdigkeit als Kandidat der Mitte bewahren, um sich so bei den anstehenden Parlamentswahlen im Juni profilieren zu können. Seine Wählerschaft verhielt sich derweil schon einmal geradezu vorbildlich „mittig“: 40% stimmten für Ségolène Royal, 40% für Nicolas Sarkozy. Die übrigen 20% enthielten sich (TNS Sofres).

Entscheidend für den Wahlausgang war neben den Wahlempfehlungen sicherlich auch das Fernsehduell zwischen Ségolène Royal und Nicolas Sarkozy am 2. Mai. Der genaue Einfluss dieses öffentlichen Schlagabtauschs ist nur schwer zu messen. Die Aufmerksamkeit der Franzosen war Royal und Sarkozy an diesem Abend jedoch gewiss: rund 25 Millionen Zuschauer verfolgten die Debatte. Für Nicolas Sarkozy ging es dabei vor allem darum, das Vertrauen der Franzosen zu gewinnen. Trotz der hohen Umfragewerte wurde ihm oft vorgeworfen, er „brutalisier“ das politische Leben Frankreichs und mache den Franzosen schlichtweg Angst. Ségolène Royal hingegen unterstellte man während der Kampagne häufig Inkompetenz. Diesen Schwachpunkt nutzte Sarkozy im Fernsehduell geschickt aus. Immer wieder drängte er Ségolène Royal, ihr Programm mit konkreten Zahlen zu beziffern. Doch Royal, die das Modell einer „partizipativen Demokratie“ propagierte, konnte nicht immer die gewünschten Zahlen nennen. Kernstück ihres partizipativen Demokratieverständnisses sei es ja gerade, Maßnahmen nicht einfach im Alleingang zu beschließen, sondern sie zuvor mit den gesellschaftlichen Partnern zu verhandeln. Sarkozy deutete dies als mangelnde Kompetenz und belehrte sie mitunter in geradezu professoralem Tonfall. Insgesamt blieb er ruhig und gelassen, gab sich sehr versöhnlich und suchte sogar nach Gemeinsamkeiten. Ségolène Royal hingegen, die in den Umfragewerten bereits deutlich hinten lag, zeigte sich kämpferisch. Sie versuchte Sarkozy für die vergangenen Regierungsjahre zur Verantwortung zu ziehen. Es sei unglaublich, einen „Bruch“ zu versprechen, wenn die eigene Partei jahrelang die Regierungsmehrheit stellte. Zum Eklat kam es nach fast zwei Stunden Debatte: Sarkozy versprach, behinderten Kindern den Besuch regulärer Schulen zu ermöglichen. Royal, die von 1997-2002 beigeordnete Schulministerin war, warf ihm daraufhin den „Gipfel der politischen Unmoral“ vor. Die politische Rechte habe damals sämtliche Initiativen zur Behindertenförderung sabotiert und damit jegliche Glaubwürdigkeit in dieser Domäne verloren. „Frau Royal verliert die Nerven“, konterte Sarkozy trocken und belehrte die sozialistische Kandidatin, das das Präsidentenamt viel Ruhe und Gelassenheit erfordere. „Ich verliere nicht die Nerven“, erwiderte Royal, sichtlich aufgebracht, „gesunde Wut“ erfülle sie. Auch wenn sie Staatspräsidentin werde, wolle sie sich die Fähigkeit bewahren, gegen Ungerechtigkeiten aufzubegehren, fügte sie hinzu. Die Einschätzungen der französischen Medien zu der Frage, wer diesen verbalen Schlagabtausch für sich entscheiden konnte, waren gemischt. Meinungsumfragen deuteten jedoch darauf hin, dass Sarkozy als Sieger aus dem Fernsehduell hervorging.

Fernsehduell

3. La France d'après

La France d'après, lautete der Leitspruch von Sarkozys Kampagne. Wie geht es nun weiter mit Frankreich, nachdem Sarkozy zum neuen Präsidenten der Republik gewählt wurde? Und wie geht es weiter mit Europa?

Parlamentswahlen im Juni

In Frankreich heißt es erstmal: Nach der Wahl ist vor der Wahl. Im Juni stehen die Parlamentswahlen an und der Wahlkampf geht daher weiter. PS und UDF verweisen auf die Notwendigkeit, Sarkozys Macht zu „balancieren“. Beiden Parteien steht jedoch vor dieser weiteren elektoralen Herausforderung eine grundlegende Reformdiskussion bevor. Innerhalb der PS wird schon seit längerem eine Art „Godesberger Programm“ nach deutschem Vorbild gefordert. Die Partei müsse sich sozialdemokratisch ausrichten und von Grund auf modernisieren, verlangt etwa der frühere Wirtschaftsminister Dominique Strauss-Kahn, der auch gleich wissen ließ, dass er für diese Aufgabe „zur Verfügung“ stünde. Welche Rolle Ségolène Royal nach ihrer Niederlage in der Partei wahrnehmen kann und wird, ist derzeit noch nicht absehbar. François Bayrou möchte zur Parlamentswahl mit einer neuen Partei antreten, die „die besten Kräfte von Links und Rechts“ vereint. *Mouvement Démocrate* (Demokratische Bewegung) soll diese neue Partei der Mitte heißen, denn der Name UDF sei aufgrund der vergangenen Kollaborationen zu stark mit der politischen Rechten verbunden. Die UMP ist ihrerseits natürlich bestrebt, die Parlamentswahlen für sich zu entscheiden um das Wahlprogramm von Nicolas Sarkozy mit maximalem Handlungsspielraum umsetzen zu können.

Sarkozys Programm

„Ich will den Wert der Arbeit, der Autorität, der Moral, des Respekts und der Leistung wieder herstellen. Ich will der Nation und der nationalen Identität Ehre erweisen. Ich will den Franzosen den Stolz, Franzose zu sein, zurückgeben“, versprach Nicolas Sarkozy in seiner Dankesrede am 6. Mai. Messen lassen will er sich vor allem am Senken der Arbeitslosigkeit. Zunächst einmal wird er aber den sozialen Frieden in Frankreich sichern müssen. Er wolle der Präsident aller Franzosen sein, beteuerte Sarkozy in seiner Rede. Vor allem in den vernachlässigten Pariser Vororten (*banlieue*) ist Sarkozy jedoch eine Hassfigur: Mit seinen verbalen Entgleisungen in seiner Funktion als Innenminister (man solle die Pariser Vororte mit dem „Kärcher“ von dem „Gesindel“ reinigen) und dem harten polizeilichen Durchgreifen hat er sich das Vertrauen in diesen Vierteln weitgehend verspielt. Die gewaltsamen Krawalle im Oktober 2005 veranschaulichten die Frustration der Jugendlichen, die in der *banlieue* wie in einer Art Ghetto leben. Keimzelle der Unruhen 2005 war der Pariser Vorort Clichy-sous-Bois, wo zwei Jugendliche, Zyed und Bouna, starben, weil sie sich auf der Flucht vor Polizisten in einer Stromzentrale versteckten. Ähnlich gewaltsame Unruhen werden nun im Anschluss an die Wahl Sarkozys befürchtet. In der Wahlnacht selbst lieferten sich in Paris mehrere Hundert Gegner Sarkozys Straßenschlachten mit der Polizei. Die Polizei setzte Tränengas und Wasserwerfer ein, die Demonstranten warfen mit Pflastersteinen und Flaschen. Landesweit zählte die Polizei 730 brennende Autos.

Europapolitik

„Heute Abend ist Frankreich nach Europa zurückgekehrt“, verkündete Sarkozy weiterhin in seiner Dankesrede. Er sei schon immer ein überzeugter Europäer gewesen, versicherte er. Gleichzeitig rief er seine europäischen Partner auf, nicht taub gegenüber „der Wut der Völker“ zu sein, die Europa als Bedrohung wahrnehmen. Er wolle die Franzosen „beschützen“, versprach er mehrfach. Die aktuelle Blockade des europäischen Integrationsprozesses, ausgelöst unter anderem durch das gescheiterte französische Referendum zum europäischen Verfassungsvertrag

am 29. Mai 2005, möchte Sarkozy durch die Verabschiedung eines „vereinfachten“ Vertrages lösen, der durch das französische Parlament ratifiziert werden würde. Des Weiteren spricht sich Sarkozy für ein „Europa mit Grenzen“ aus und lehnt einen Beitritt der Türkei zur Europäischen Union strikt ab. Unmittelbar nach der offiziellen Amtsübernahme am 17. Mai möchte Sarkozy nach Berlin und Brüssel reisen. Nachdem der Wahlkampf fast ausschließlich von innenpolitischen Themen beherrscht wurde, ist es nun an der Zeit, dass auch europapolitische Fragen ihre Berücksichtigung finden. Denn wie auch immer die französische Parlamentswahl im Juni ausgehen wird: Außen- und Europapolitik ist die *domaine réservé* des Präsidenten. Den Fortgang des europäischen Integrationsprozesses wird Nicolas Sarkozy demnach in den nächsten fünf Jahren maßgeblich mitbestimmen – im zweiten Halbjahr 2008 sogar in der Rolle des EU-Ratspräsidenten.

C·A·P
Centrum für angewandte
Politikforschung
© 2007

Maria-Theresia-Str. 21
81675 München
Telefon 089 · 2180 1300
Telefax 089 · 2180 1329
E-Mail redaktion@cap-lmu.de
www.cap.lmu.de